

TUNESIEN NACH DER ERMORDUNG VON CHOKRI BELAÏD

Amel Cheikhrouhou, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Tunis

Am 6. Februar 2013 wurde Chokri Belaïd, Führungsfigur einer Koalition linker Parteien, in Tunis ermordet. Die Umstände des Mordes sind noch ungeklärt, aber viele beschuldigten schnell die Ennahda-Partei und andere Vertreter des politischen Islams. Seitdem hat die schiere Anzahl an Demonstrationen und Streiks einen neuen Höhepunkt erreicht. Die Regierung scheint sich in einer Sackgasse zu befinden. Und wieder ist in Bezug auf die Zukunft Tunesiens alles möglich.

Verschiedene Informationen und Ereignisse sind für die Analyse der jetzigen Situation im Land wichtig. Die aktuellen Geschehnisse können jedoch am besten verstanden werden, wenn der Sturz von Präsident Ben Ali vor zwei Jahren nicht mit dem Begriff «Revolution» beschrieben wird – «Aufstand» ist die zutreffendere Definition.

Die Streiks, Sit-Ins, Revolten, Aufstände und Demonstrationen im ganzen Land haben seit Januar 2011 nie aufgehört – und die Ereignisse von Gafsa, Ben Gardane, Siliana sind die letzten und wichtigsten in dieser Reihe. Für die Proteste sind folgende Gründe maßgeblich:

- steigende Armut,
- Anstieg der Lebenshaltungskosten,
- steigende Arbeitslosigkeit,
- sinkende Sicherheit und wachsende Gewalt,
- steigende Korruption,
- grenzüberschreitender Schmuggel (Drogen, Waffen, Lebensmittel, Benzin, Menschen),
- ausbleibende soziale und wirtschaftliche Reformen,
- ungenügende Unterstützung für die Armen,
- allgemeine Unzufriedenheit,
- fehlende Legitimierung der gegenwärtigen Regierung in den Augen großer Teile der Bevölkerung seit dem 23. Oktober 2012. Die Verfassungsgebende Nationalversammlung wurde für ein Jahr gewählt (23.10.2012–23.10.2013), um folgende Aufgabe zu erfüllen: Entwurf einer neuen Verfassung (Destour). Der Präsident der Republik sowie der Ministerpräsident und seine Regierung sollten ihre Ämter nach diesem einen Jahr wieder abgeben. Nach Verabschiedung der neuen Verfassung sollten Parlamentswahlen stattfinden. Aber die Versammlung hat noch keine vollständige Verfassung erarbeitet und Wahlen wurden auf unbestimmte Zeit verschoben.

HERAUSRAGENDE GRÜNDE FÜR POLITISCHE UNZUFRIEDENHEIT

1. Kasserine, Sidi Bouzid, Siliana, Le Kef: Das Tunesien abseits der Küste wurde von den verschiedenen Regierungen (ob Bourguiba, Ben Ali oder der jetzige, Hamadi Jebali) schon immer mehr oder weniger vernachlässigt. Diese Regionen sind unterentwickelte ländliche Gebiete: Keine Industrie, keine Infrastruktur (wie ausgebaute Straßen, zweigleisige Zugverbindung o. Ä.). Diese Gebiete sind also faktisch sehr weit von den Häfen und reicheren Teilen Tunesiens (der Sahel, Tunis, Sfax) entfernt. Aus diesen Regionen kamen jedoch stets billige Arbeitskräfte in die Hauptstadt und die Küstenregionen (Hotel- und Hauspersonal, Hausmeister, Bauarbeiter). Die tunesische Wirtschaft basiert zu einem großen Anteil auf Tourismus und Dienstleistungen, die jedoch im großen Stil eingebrochen sind. Deshalb sind diese Arbeitskräfte wieder in ihre Heimatorte zurückgekehrt – zurück zu Arbeitslosigkeit, steigender Armut und Verzweiflung, wenn nicht Wut.

2. Der Aufstand von 2011 hat im Landesinneren begonnen, da dort die Arbeitslosenrate unerträglich hoch war, sogar in gut ausgebildeten Bevölkerungsteilen. Viele Menschen nahmen an, dass ihnen Ennahda bei der Lösung ihrer Probleme helfen würde, denn deren Wahlkampagne konzentrierte sich auf folgende Themen: Sofortige Schaffung von 100.000 Arbeitsplätzen, Sicherheit, ein Ende der Korruption, Wiedergutmachung für die Verletzten oder die Familien von Gefallenen des Aufstands. Darüber hinaus schenken ihnen viele ihr Vertrauen, weil sie als gottesfürchtig galten. Die Regierung hat aber keines dieser Ziele erreicht, weshalb sich die Bevölkerung verraten fühlt und die Islamisten ihre Glaubwürdigkeit zu großen Teilen verloren haben. Die Menschen realisierten, dass sie als StatistInnen oder Wahlstimmen fungierten zum Wohl von etwas, das viele als die «neue Mafia und ihre Gangster» wahrnehmen. Lediglich die Armee, die in Tunesien als Anhängerin der Republik gilt, könnte diese Mafia festsetzen und die Gewalt sowie ein mögliches Chaos beenden.

Am 13. Februar 2013 wurde nun ein «Rat der Weisen» eingesetzt, einschließlich General Ben Ammar, der der Oberbefehlshaber über die drei militärischen Streitkräfte Tunesiens (Land, See, Luft) ist und den Schießbefehl gegen die Bevölkerung während des Aufstands verweigerte. Nach Angaben von Kulturminister Mehdi Mabrouk soll der Rat den Ministerpräsidenten dabei unterstützen, «Lösungen zu identifizieren auf Grundlage der Analyse der politischen Situation und ihn bei der Zusammenstellung einer kompetenten Regierung beraten». Kurz gesagt, der Zweck des Rats der Weisen ist die Umgehung des Verfassungsgebenden Nationalrats.

3. Die Regierung: Innerhalb der oberen Klassen und der «Bourgeoisie» herrscht Unmut, landesweit, aber speziell in Tunis. Zu Beginn traten Teile der Bourgeoisie Ennahda bei oder unterstützten sie aufgrund ihrer Wirtschaftsagenda: Ultra-Liberalismus. Heute aber sind diese UnterstützerInnen enttäuscht, da sich die Partei in der Regierung als unfähig erwiesen hat. Es wird nicht mehr investiert, das Bruttosozialprodukt fällt, die verschiedenen Bilanzen sind negativ und die Schulden steigen. Wirtschaftlich gesehen steht das ganze Land still – falls es nicht schon bald auseinanderfällt. Ennahda verliert also permanent Bündnispartner und Unterstützung. Es besteht jetzt ein allgemeiner Konsens darüber, dass Ennahda politisch und wirtschaftlich versagt hat.

Ein weiterer Faktor ist: Ennahda ist nicht mehr einheitlich geschlossen. Die internen Konfliktlinien treten zutage zwischen der Haltung des Ministerpräsidenten, den Hardlinern von Ennahda-Chef Rachid Ghannouchi und den Salafiten. Offensichtlich hat der Ministerpräsident die Schlacht um die Führung gewonnen. Er kündigte die Schaffung einer Regierung unabhängiger Experten an – möglicherweise unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) in der Folge des Aufstands in Siliana. Ministerpräsident Jebalis Forderung nach einer Technokraten-Regierung ist gleichzeitig das Eingeständnis der Inkompetenz seiner eigenen Regierung. (Die Einmischung in tunesische Angelegenheiten durch den IWF – an Sparmaßnahmen gebundene Kredite – ist noch nicht gründlich analysiert worden.)

4. Die Ermordung von Chokri Belaïd am 6. Februar 2013 bezieht sich auf alles zuvor Erwähnte. Er stellte aus verschiedenen Gründen eine politische Bedrohung dar. Obwohl er dem äußeren Spektrum der tunesischen Linken angehörte, stieg seine Beliebtheit in weiten Teilen der Bevölkerung durch seinen Einsatz für die Unterprivilegierten, seine tolerante Haltung, seine Integrität und seine Ablehnung politischer Gewalt. Er machte sich für die Auflösung der «Ligen für den Schutz der Revolution» stark, die von Ghannouchi via Qatar unterstützt und bezahlt werden. Das ist zumindest die allgemein verbreitete Sichtweise. Jedoch existieren viele Quellen, die Qatar der finanziellen Unterstützung wahhabitischen Terrors bezichtigen. (Zum Beispiel die französische Wochenzeitung «Le Canard Enchaîné» am 6. Juni 2012 und kürzlich der Artikel «Qatar l'état voyou qui finance le terrorisme islamiste», publiziert auf der Website Tunisia Secret¹).

Dazu kommt, dass Belaïd arabischer Nationalist war, also das Gegenteil zur islamistischen Kalifats-Ideologie darstellte. Seine Ideen haben sehr wahrscheinlich die Proteste von Siliana beeinflusst. Er war also ein für die Zukunft des Landes wichtiger Anführer der tunesischen Opposition und musste deswegen, so die Logik mancher, eliminiert werden. Eine «schwarze Liste» von OppositionsführerInnen wurde veröffentlicht und es heißt, Staatspräsident Moncef Marzouki, Vorsitzender der säkularen Partei Kongress für die Republik (CPR), wusste von einem möglichen Mordanschlag. Wer hatte Marzouki informiert? Bis jetzt wurde er noch nicht richterlich befragt. Es

¹ Vgl. http://www.tunisie-secret.com/Qatar-l-Etat-voyou-qui-finance-le-terrorisme-islamiste_a306.html.

gibt bislang noch keine verlässlichen Informationen über den Mord an Belaïd. Nichtsdestotrotz verdächtigen viele PolitikerInnen und die öffentliche Meinung Ghannouchi und seine Qatar-Connection, den Mord mithilfe des Innenministers geplant zu haben.

5. Die Auswirkungen von Belaïds Ermordung: Dieses Verbrechen veränderte die politische Landschaft Tunesiens komplett. Die riesigen Menschenmengen bei der Beerdigung von Chokri Belaïd, zusätzlich zu den etwa zwei Millionen, die in ganz Tunesien auf die Straße gingen, und dem Generalstreik, verweisen auf die zivilgesellschaftliche Kraft in Tunesien und auf die Ablehnung eines «moderaten Islams» oder gar einer Theokratie. Tunesische BürgerInnen verlangen tatsächlichen Wandel und keine kosmetischen Maßnahmen. Die Mehrheit will das Ende von Ennahda und einen säkularen Staat. Einige sind bereit zur «Revolution». Die Frage ist jedoch: Werden sich die Oppositionsparteien zusammenschließen und stark genug sein, um Ennahda und die bewaffneten Milizen zu besiegen? Die Schlacht um Demokratie und wirtschaftliche Gerechtigkeit bleibt eine enorme Herausforderung, nicht nur aus internen, sondern auch aus externen Gründen.

Stand 17.02.2013

Übersetzung: Peter Schäfer